

Frauenstimme

Nr. 21 + 43. Jahrgang

Beilage zum Vorwärts

14. Oktober 1926

Der Ruf der Zeit.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands veranstaltet vom 17. bis 24. Oktober eine **Werbewoche**. Alle Sozialdemokraten werden in dieser Roten Woche ihre Kräfte anspannen in der Werbearbeit für ihre Partei. Sie werden versuchen, der Organisation neue Anhänger zu gewinnen und unseren Parteizeitungen neue Leser. Die Sozialdemokraten werden sich bei dieser Werbearbeit ganz besonders an die Frauen wenden.

Wenn auch die Sozialdemokratische Partei mehr weibliche Mitglieder hat als jede andere Partei, so ist doch die Zahl der Frauen, die mit den Zielen unserer Partei sympathisieren, die sich aber unserer Organisation noch nicht angeschlossen haben, noch riesengroß. Diese Frauen stimmen bei Wahlen wohl für die Kandidaten der Sozialdemokratie. Im übrigen stehen sie aber dem Parteileben uninteressiert gegenüber. Wäre die Sozialdemokratie eine Partei wie so viele andere, denen es ausschließlich darauf ankommt, bei Wahlen möglichst viel Stimmen einzuhamstern, und dann die Abgeordneten im Reichstag bis zur nächsten Wahl schlecht oder recht Politik betreiben zu lassen, dann könnte sie damit zufrieden sein. Die Sozialdemokratie hat bei allen Nachkriegswahlen am besten von allen Parteien abgeschnitten. Sie hat immer nicht nur die meisten Männerstimmen, sondern auch die meisten Stimmen von Frauen erhalten. Aber was die Sozialdemokratie hoch hinaushebt über alle anderen Parteien, das ist der Umstand, daß ihre ganze Politik getragen ist von der Idee des Sozialismus. Doch ist die Sozialdemokratie nicht nur die Partei des Sozialismus und die Partei der Demokratie. Sie war von ersten Tag ihres Bestehens an, lange vor allen anderen Parteien, auch die Partei der Gleichberechtigung der Frauen. Darum wendet sie sich auch heute an alle deutschen Bürger und vornehmlich an die Frauen, nicht weil sie nur Wähler, sondern weil sie dem Sozialismus Anhänger und Anhängerinnen gewinnen will.

Alle Frauen wollen, daß ihrer, durch die Sozialdemokratie errungene politische Gleichberechtigung auch bald ihre volle Gleichberechtigung in allen Fragen des Ehe- und Mutterrechts folgt.

Alle Frauen wollen, daß ihre Männer besser entlohnt werden, und daß sie nicht nach überlanger Arbeitszeit müde und stumpf nach Hause kommen. Sie wollen auch für sich selbst günstigere Arbeitsbedingungen, sowohl bei ihrer Erwerbsarbeit wie im Haushalt.

Sie wollen nicht weiter mit ihrer Familie in viel zu engen, sonnenlosen, ungesunden Wohnungen hausen,

in denen es trotz allen Putzens niemals sauber wird. Alle Frauen wollen eine weitgehende Fürsorge für Mutter und Kind. Sie wollen gute Schulen und eine gute Berufsausbildung für ihre Kinder.

Sie wollen, daß es ihren Kindern, an die sich all ihr Hoffen und all ihr Glück knüpft, dereinst besser ergehe, daß sie vor allem nicht mehr die Schrecken eines Krieges erleben müssen.

Für eine Friedenspolitik und für soziale Gerechtigkeit, für alle Forderungen, die im Interesse der breiten Masse des Volkes, die im Interesse der Männer und Frauen der Arbeiterklasse liegen, kämpft seit Jahrzehnten die Sozialdemokratie. Wenn Sie dem Kampf der Sozialdemokratie zustimmen, tun Sie recht. Sie handeln in Ihrem Interesse, wenn Sie Ihre Zustimmung bei Wahlen zum Ausdruck bringen. Aber wenn Sie weiter nichts tun, dann verrichten Sie nur halbe Arbeit. Sie müssen sich den Reihen der Sozialdemokratie als Parteimitglied anschließen. Sie stärken damit die politische Macht der Sozialdemokratie und vor allem stärken Sie die Idee des Sozialismus. Je mehr Sozialisten und je mehr Sozialistinnen es gibt, desto kürzer wird die Zeit sein, in der das deutsche Volk noch unter den tausend Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Systems und unter der Kriegsgefahr zu seufzen hat.

Jede Frau, die Mitglied der Sozialdemokratie wird, stärkt damit aber nicht nur die Macht unserer Partei und beschleunigt

die Durchführung des Sozialismus. Sie schafft auch sich selbst für ihr ganzes weiteres Leben eine große Bereicherung. Wir haben bereits heute weit mehr als 150 000 Frauen, die eifrig in unserer Partei mitarbeiten. Groß ist unter ihnen die Zahl, für die der Eintritt in die Sozialdemokratie, die Beteiligung an ihren Versammlungen, an ihren Frauenabenden, an ihren belehrenden und unterhaltenden Veranstaltungen den Beginn eines neuen Lebensabschnittes bedeutet.

Eine neue Welt ist den Sozialistinnen aufgegangen. Durch ihre Mitarbeit in der Partei haben sie sich innerlich befreit von der abstumpfenden Wirkung ihrer Erwerbsarbeit und dem ewigen Einerlei ihres engen Haushaltes. Sie sind nicht nur nach dem Gesetz, sondern in der Tat vollberechtigte und interessierte Bürgerinnen ihres Staates und darüber hinaus begeisterte Kämpferinnen für den Sozialismus geworden.

Geht den gleichen Weg wie diese Frauen!

Werdet Sozialistinnen!



Von Volk zu Volk.

„Friede ernährt, Unfriede verzehrt.“ Wer hätte nicht schon die Wahrheit dieses alten Sprichwortes erfahren? Ein Mensch, der in sich keinen Frieden findet, verzehrt sich selber in seiner Unrast und macht anderen Menschen das Leben schwer. Wenn in einer Familie der Streit zu Hause ist, so zerfällt sie in sich; Mann und Frau, Eltern und Kinder machen sich gegenseitig kaputt, körperlich und seelisch. Wäre die Arbeiterklasse immer einig und geschlossen gewesen, hätte sie über alle Meinungsverschiedenheiten des Weges das Ziel im Auge behalten: die Lebenslage aller arbeitenden Menschen zu verbessern und das Menschheitsbewußtsein zu stärken, welche Macht in Staat und Wirtschaft könnte sie dann heute darstellen. So können wir den Nachteil der Uneinigkeit und den Wert friedlicher Verständigung überall beobachten: im Leben des einzelnen, der Familie, der Klasse, des Volkes, und schließlich der ganzen Menschheit.

Europa hat sich in dem furchtbaren Weltkrieg selber zerfleischt. Die Staaten der Entente und die Staaten Mitteleuropas kämpften um die gegenseitige Vernichtung. Das Versailler Friedensdiktat ist der Beweis dafür. Aber die Wellen der europäischen Katastrophe schlugen auch hinüber in das Leben der übrigen Erdteile. Nach Beendigung des Krieges wurde alles in den Wirbel seiner vernichtenden Folgen hineinbezogen.

Solange der Haß die Völker verblendete, sahen sie nicht, daß sie alle ihrem Untergang entgegenrieben, und es war ungeheuer schwer, den Verblendeten den einzigen Weg der Rettung zu zeigen, nämlich: die friedliche Verständigung zwischen den Völkern.

Mutig, allem Haß- und Hohnschrei der Nationalisten hüben und drüben zum Trotz, wies die Sozialdemokratie diesen Weg. Von Beendigung des Krieges an stellte sie ihre Politik klar und unzweideutig auf dieses Ziel der Völkerverständigung und -versöhnung ein. Wären die übrigen Parteien rechtzeitig diesen Weisungen der Vernunft gefolgt, es hätte nie zu der wirtschaftlichen Katastrophe der Gegenwart kommen können. Aber Deutschland mußte erst das Elend der Inflation bis zum äußersten durchmachen, bis die Erkenntnis auch in den anderen Parteien im eigenen Lande und in unseren ehemaligen Kriegsgegnern reifte, daß der Versailler Vertrag auf dem Verhandlungswege erleichtert, d. h. geändert werden müsse.

Im Herbst 1924 wurde das Dawes-Abkommen geschlossen und damit endlich die Reparationsfrage soweit gebracht, daß die Abtragung der Kriegsschulden möglich erschien. Sollte aber das Dawes-Abkommen, das die wirtschaftliche Verständigung anbahnte, zur Auswirkung kommen, so mußte die politische Verständigung unbedingt folgen; Deutschland mußte in den Völkerbund aufgenommen werden. Auch das ist nun erreicht, die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ist in Genf Anfang September vollzogen worden. Damit ist vor allem die Verständigung mit Frankreich und Belgien über die im Westen Deutschlands abgetretenen, verpfändeten und besetzten Gebiete möglich geworden. Frankreich und Belgien erleben gegenwärtig das Elend der Inflation. Die Besetzung deutschen Gebietes kostet viel Geld, und wenn Deutschland es auch geben muß, so gehen diese Summen doch ab von den Gesamtzahlungen. Wäre der Rat und die Politik der internationalen Sozialdemokratie befolgt worden, so hätte eine verständige Lösung der Besatzungsfragen seit langer Zeit erfolgen können. Weil die Sozialdemokratie für das Wohl der großen Massen des Volkes arbeitet, darum wollte sie und will sie eine friedliche Verständigung der Völker. Denn alle Leiden, die Völkerhaß und Krieg im Gefolge haben, Tod, Krankheit, Hunger, treffen die arbeitenden, nichtbesitzenden Massen am schwersten.

Und darum begrüßen wir es, daß nun endlich Wirtschaft und Politik wenigstens auf den Weg der internationalen Verständigung gekommen sind. Wenn wir aber wollen, daß es auf diesem Wege weitergeht, dann müssen wir die Sozialdemokratie unterstützen. Nur wenn sie, stark in ihren Organisationen, in jedem einzelnen Lande die Politik beeinflussen kann, wird der Völkerbund mit seinen Aufgaben der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Verständigung weiterkommen.

Und diese Aufgaben bestehen nicht nur in der Verhinderung neuer Kriege durch Schiedsgerichtsentscheidungen und der Regelung der Abrüstung, sondern sie liegen

auch auf den Gebieten des Arbeitsrechtes und Arbeiterschutzes. In Verbindung mit dem internationalen Arbeitsamt wird der Völkerbund dazu kommen müssen, durch Vollziehung des Washingtoner Abkommens alle angeschlossenen Länder zur Innehaltung des Achtstundentages zu verpflichten und so der Arbeitslosigkeit einen Damm entgegenzusetzen. Der Frauen- und Jugendschutz, vor allem aber der Schwangeren- und Säuglingschutz muß international geregelt werden und besser, als es heute auch in Deutschland noch der Fall ist. Ueber den Gesundheitszustand der Völker, der so stark von den Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen beeinflusst wird, hat der Völkerbund zu wachen. Eine Kommission ist eingesetzt zur Bekämpfung der Rauschgifte und ihrer Verbeerungen (Kokain, Morphin, Opium usw.), eine andere zur Bekämpfung des Mädchenhandels usw.

Daß alle diese Aufgaben so gründlich und so schnell wie möglich erfüllt werden, liegt gewiß im Interesse der Arbeiterschaft der ganzen Welt. Aber es liegt auch ganz besonders im Interesse der Frauen, ganz gleich, ob sie selber gewerbliche Arbeit verrichten oder als Hausfrau die Sorge um die Ernährung, Gesundheit und geistige Entwicklung der Familie tragen.

Zu oft sind früher die Frauen in der Gesetzgebung vergessen worden. Das ist besser geworden durch die Arbeit der Sozialdemokratie in den Parlamenten und durch die Mit-



Mein Kind kriegst du nicht!

arbeit der Frauen, die bei uns seit der Revolution möglich ist. Aber selbst heute werden die Frauen noch vergessen. So ist zum Beispiel in dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung keine Notstandsarbeit vorgesehen, die der Arbeitslosigkeit der Frauen abhelfen könnte. Woran liegt das? Zum größten Teil wohl daran, daß die Frauen und Mädchen selber so interesselos zu ihren eigenen Angelegenheiten stehen, daß sie gewerkschaftlich und politisch so schlecht organisiert sind. Die meisten Frauen wollen die Verständigung von Volk zu Volk, daran ist kein Zweifel, denn sie verabscheuen Krieg und Gewalt. Dann ist es aber auch Pflicht der Frauen, der sozialdemokratischen Partei beizutreten, weil nur durch eine starke Sozialdemokratie der Fortschritt solcher Verständigung garantiert ist.

Wir wollen aber auch die Verständigung von Mensch zu Mensch, wir wollen eine neue, bessere Zeit, in der es für jeden Menschen lohnt, zu leben. Ringt in unserer Gemein-

schaft um diese neue Zukunft, werdet Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei.

Clara Bohm-Schuch.

Mehr Lohn, mehr Zeit — den Arbeitslosen rechte Hilfe!

Der Dichter Richard Dehmel zeigt uns in einem seiner Gedichte, in wie hohem Maße freie Zeit den Angehörigen der Arbeiterklasse mehr Lebensfreude und größeren Lebensgenuß bringen würde. Nicht außer acht bleiben darf aber, daß freie Zeit allein den auf Erwerbsarbeit angewiesenen Menschen wenig nützt. Voraussetzung für den Lebensgenuß durch freie Zeit sind ausreichende Existenzmittel, also ein Lohn für geleistete Arbeit, die den Menschen mindestens ein angemessenes Existenzminimum sichert. Er schafft zuerst die Bedingungen, den Arbeitstag so zu beschränken, daß freie Zeit für Lebensgenuß und Lebensfreude übrig bleibt.

Das erleben insbesondere die nach Millionen zählenden Frauen — verheiratete und unverheiratete —, die neben der Erwerbsarbeit noch Hausarbeit verrichten müssen. Wäre der Lohn, den sie erhalten, nicht so gering, dann würde wohl kaum eine von ihnen neben der Erwerbsarbeit noch die Hausarbeit ohne Hilfe verrichten, und sich Kleider und Wäsche selber nähen, waschen, bügeln usw. Wäre der Lohn, der den Arbeitnehmern ganz allgemein, insbesondere jetzt, ausgezahlt wird, nicht so unzureichend zur Deckung der Kosten für den notwendigen Lebensbedarf, dann würden auch sicherlich nicht so viele werdende Mütter bis auf die letzte Minute vor der Entbindung arbeiten und überhaupt nicht während der Schwangerschaft in dem Maße, wie jetzt üblich, Erwerbsarbeit verrichten, ohne Rücksicht auf ihren Zustand und auf die schädigenden Wirkungen der Arbeit auf ihren Körper und auf das Kind.

Mehr Lohn würde auch verhindern, daß die Arbeitnehmer in den Betrieben — Männer und Frauen — sich den Wünschen der Unternehmer auf Verlängerung der Arbeitszeit durch Überstunden und als Regelleistung nicht so willig zeigen, als es gegenwärtig leider so oft geschieht. Für die Bereitwilligkeit der

Arbeiter ist ja nun der niedrige Lohn nicht die alleinige Ursache. In hohem Maße ist das die Schuld der Arbeitslosigkeit. Der Druck der 1½ Millionen erwerbslosen Unterstützungsempfänger, der Hunderttausende, die erwerbslos sind, ohne daß sie Unterstützung aus der Erwerbslosenfürsorge beziehen, und der Millionen Kurzarbeiter, macht die Arbeitnehmer in den Betrieben willig für die Arbeitsverlängerung. Sie fürchten entlassen zu werden, wenn sie sich Unternehmerforderungen widersetzen. Nicht gerade selten aber wird insbesondere von Frauen Ueberarbeit und Arbeit in langer Arbeitszeit gern geleistet, weil sie hoffen, damit auf die Dauer mehr zu verdienen. Daß diese Hoffnung eine falsche ist, lehrt uns aber die Geschichte. In langer Arbeitszeit erzielte hohe Löhne haben fast ausnahmslos zu Kürzungen der Akkordpreise und der Stundenlöhne geführt, während verkürzte Arbeitszeit eine Erhöhung der Löhne herbeigeführt hat.

Löhne und Arbeitszeit stehen also in Wechselbeziehungen zu einander. Ohne ausreichenden Lohn kein Genuß freier Zeit, ja vielfach überhaupt keine freie Zeit und ohne ausreichende freie Zeit kein genügender Lohn.

Für eine Reihe von Frauen, nämlich für die erwerbstätigen werdenden Mütter, würde nun die in Aussicht stehende Ratifizierung des Washingtoner Uebereinkommens vom Oktober 1919 betreffend den Schutz der Frauen vor und nach der Niederkunft etwas mehr freie Zeit zu ihrer Schonung schaffen. Eine teilweise Anpassung an dieses Uebereinkommen ist ja schon durch die Reichstagsbeschlüsse vom 30. Juni d. J. herbeigeführt worden, der die schwangeren Erwerbsarbeiterinnen, die sechs Wochen vor der Entbindung aus der Erwerbsarbeit ausscheiden, für diese Zeit Schwangerenunterstützung sichert, wenn sie Anspruch darauf als Krankenkassenmitglieder haben.

Der Beschluß berücksichtigt sogar den bezüglich des Entbindungstermins möglichen Irrtum und bestimmt ferner, daß das Schwangerengeld sofort, nicht erst mit dem Tage der Entbindung fällig ist. Die Ratifizierung des Washingtoner Uebereinkommens wird die gleiche Unterstützung auch den übrigen Arbeiterinnen zukommen lassen, die die jetzt übliche Wartezeit als Krankenkassenmitglieder noch nicht erfüllt haben. Mit der Durchführung der jetzt bekanntgegebenen Absicht der Regierung wäre ein erheblicher Notstand wenigstens etwas gemildert und eine langjährige Forderung der Sozialdemokraten endlich erfüllt.

Sehr dringend ist ferner eine Regelung und eine Reform der Unterstützung für die Opfer der Wirtschaftskrisen, der Arbeitslosen. Das gegenwärtige System ist ungerecht und führt zu den furchtbarsten Zuständen. Heute haben wir eine Arbeitslosenversicherung, soweit die Aufbringung der Mittel in Frage kommt. Bekanntlich werden den Arbeitnehmern 1½ Proz. des Lohnes zwangsläufig hierfür abgezogen und den gleichen Betrag muß der Unternehmer zahlen. In bezug auf die Unterstützung aber haben wir eine Erwerbslosenfürsorge, d. h., es muß erst die Bedürftigkeit anerkannt sein, ehe ein Erwerbsloser Unterstützung erhält. Heute kommt es also vor, daß Männer oder Frauen wohl längere Zeit hindurch Beiträge entrichtet haben und doch keine Unterstützung erhalten, während andere, obgleich sie beitragsfrei waren (z. B. Landarbeiter und Hausgehilfen) doch Anspruch haben auf Unterstützung. Heute sind mehr als achtzig verschiedene Unterstützungssätze üblich, nämlich verschiedenen nach Wirtschaftsgebieten, Alter, Familienstand und nach der Kinderzahl. Heute kommt es vor, daß Arbeitnehmer (Männer und Frauen), die verhältnismäßig hohe Löhne erzielt hatten, hohe Beiträge in die Kassen der Erwerbslosenfürsorge gezahlt haben und den niedrigsten Unterstützungssatz ausgezahlt erhalten, während Arbeitnehmer mit sehr niedrigen Löhnen und niedrigen Beiträgen die höchstzulässige Unterstützung erhalten. Der letztere Fall, der möglich geworden ist durch den Reichstagsbeschluß, Frauen die gleichen Unterstützungssätze auszuzahlen wie den Männern, hat nun dazu geführt, daß eine Erhöhung der Unterstützungssätze abgelehnt worden ist mit der Begründung, es ginge nicht an, die Löhne von den Unterstützungssätzen überschneiden zu lassen. Er hat ferner dazu geführt, daß trotz des erwähnten Reichstagsbeschlusses die Gemeinden die zulässigen Unterstützungssätze nicht auszahlen, wenn die Löhne überschritten werden und daß in solchen Fällen die Unterstützungssätze nicht höher sein sollen als 75 Proz. des Lohnes.

Diese Erfahrungen und die zu größten Ungerechtigkeiten führenden Bedürfnisprüfungen machen die schleunige Ablösung des gegenwärtigen Zustandes durch eine Arbeitslosenversicherung notwendig. Bei dieser schafft die Beitragszahlung ein Anrecht auf Unterstützung, und die Höhe des Anspruchs ist nicht abhängig vom Wohlwollen, sondern von der Beitragszahlung. Gegenwärtig kämpfen die Interessenten um die Beitragshöhe und um die Höhe der Unterstützungssätze. Es braucht wohl nicht erst erwähnt werden, daß die Vertreter der Arbeitnehmer — die Sozialdemokraten — für eine ausreichende Höhe eintreten.

Ob ihre Forderungen erfüllt werden, wird davon abhängen,

wie weit die Gegner einer ausreichenden Unterstützung die organisierte Arbeiterschaft als Machtfaktor werten.

Das sollten insbesondere die Frauen und Töchter der Arbeiterschaft bedenken, die wenig Interesse zeigen für die Organisation. Mehr Lohn und mehr freie Zeit erhalten wir nicht freiwillig zugebilligt. Ebenso wird eine gerechte Hilfe für die Arbeitslosen nur zustandekommen, wenn die gesamte Arbeiterschaft sich organisiert in den freien Gewerkschaften und in der Sozialdemokratischen Partei und dadurch die Forderungen nach solcher Hilfe unterstützt.

Gertrud Hanna.

Kämpf für die Verbilligung des Lebens!

Lebensmittel und Wohnungsmieten steigen fortgesetzt im Preise. Und die am härtesten davon betroffene Familienmutter und Hausfrau vermag sich oft nur schwer die Ursachen zu erklären, denn allzuhäufig liest sie den politischen Teil der Zeitung entweder überhaupt nicht oder Blätter vom Schlage des „Lokal-Anzeigers“.

Daher weiß sie nichts von Zollpolitik und Handelsverträgen und ihre Bedeutung für die Lebenshaltung. Wenn die Butter im Vergleich zur Vorkriegszeit unerhört teuer ist, so ahnt sie nicht, daß im soeben abgeschlossenen Handelsvertrag mit Finnland der Doppelzentner Butter mit 27,50 M. belastet ist, wodurch die Butter in Deutschland um eben diese 27,50 M. mehr kostet als in der ganzen übrigen Welt. Sie ahnt auch nicht, daß ohne den Widerstand der Sozialdemokratie das Pfund Zucker heute schon 40 Pfennig und mehr kosten würde und daß, wenn es allein nach dem Willen der Großagrarien ginge, unser Brot längst schon mit 70 oder gar 80 Pf.

bezahlt werden müßte. Sie fragt auch nicht, warum die Regierungsparteien — Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten — sich wenig darum kümmern, daß ungezählte Tausende ihrer Volksgenossen niemals ein Stück Fleisch essen können. Haben sie doch alle ihre Zustimmung zur Einschränkung der Gefrierfleischzufuhr gegeben, nur um den Preis für Frischfleisch recht hoch zu halten. Und vor kurzem machte der preussische Minister für Volkswohlfahrt eine wunderbare Berechnung auf, nach welcher Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit beseitigt werden können durch den Bau von jährlich 200 000 neuen Wohnungen auf Kosten der — Arbeiter, denn die Mittel will er beschaffen durch eine weitere Steigerung der Mieten um 30 Proz. der Friedensmieten. Das ist gar nicht so erheblich, meint er, und kommt

nach mancherlei heute nicht mehr zutreffenden Berechnungen zu dem Resultat, daß die Belastung, um obige Summen aufzubringen, „nur“ 3¼ Pf. auf die Arbeitsstunde ausmache. Welcher Arbeiter ist wohl heute in der Lage, sich diesen Abzug gefallen zu lassen, der im Monat 7,50 M. ausmachen würde?

Und will man einen Vergleich ziehen zwischen den Kosten der Ernährung von 1913/14 und von heute, so braucht man die von damals nur mit der Zahl 100 anzusehen und erhält dann auf Grund der letzten Berechnungen für September 1926 fast die Zahl 147, was beweist, daß mit ganz geringen Ausnahmen sämtliche Agrarerzeugnisse heute viel höher im Preise als im letzten Vorkriegsjahr stehen. In den letzten vier Wochen sind die Preise im Großhandel um 3,1 Proz. und im Kleinhandel um 6,4 Proz. gestiegen!

Was kann die Hausfrau, die Arbeiterin tun, sich dieser Teuerung zu erwehren? Denn was nützen Lohnsteigerungen, und was noch so große Sparsamkeit, wenn die Preise immer weiter in die Höhe klettern?

Da gibt es nur ein Mittel!

Zusammenschluß all derer, die unter dieser Wirtschaftsordnung leiden!

Gemeinsamer Kampf gegen eine Zoll- und Steuer-gesetzgebung, die den Besitzenden schont und den Besitzlosen schwer belastet.

Vereinigung aller Hand- und Kopfarbeiter in starken Organisationen, die mächtig genug werden müssen, dem Staate Gesetze zu diktieren.

Mathilde Wurm.

Arbeitermütter und Arbeiterjugend.

Arbeiterjungen und Arbeitermädels entfalten heute bereits in viel jüngeren Jahren eine große Selbständigkeit als in früheren Zeiten. Waren die Arbeiterkinder auch schon in der Vorkriegszeit im weitestem Umfang gezwungen zu selbständigem Handeln und zur Ausfüllung ihrer Freizeit nach eigenem Ermessen, so ist diese Entwicklung in der Kriegs- und Nachkriegszeit durch die sich immer weiter ausdehnende Erwerbstätigkeit der Frau weiter gefördert worden. Besonders die sich jetzt in den „Flegel-“ und „Bäckisch“-jahren befindenden Jugendlichen sind in weitestem Umfang bereits



als Kinder sich selbst überlassen gewesen in der Zeit, da der Vater im Felde, die Mutter in der Fabrik war. Diese frühzeitige „Verselbständigung“ — an sich sehr begrüßenswert — führt sehr häufig zu Konflikten zwischen jung und alt, zwischen Arbeitereltern und Arbeiterjugend. Leider nicht immer ohne Schuld, besonders der Arbeitermütter, erreichen diese an sich durchaus erklärlichen Konflikte der Eltern mit dem heranwachsenden jungen Menschen eine Schärfe und Tiefe, die zu oft lang andauernd oder überhaupt nicht wieder zu überwindender Entfremdung zwischen Eltern und Kinder führt. Nicht selten gehen diese Konflikte bis zu einem Aufgeben des Elternhauses durch den Jugendlichen, wenn auch in den weitaus meisten Fällen die Lehre und wirtschaftliche Abhängigkeit den Jugendlichen von diesem letzten Schritt zurückhalten. Zurückhaltung der Jugendlichen, ein Neben- einander- an Stelle eines Miteinanderlebens zwischen Eltern und Kindern sind aber auch diesem Falle unabwendbare Folge.

Wenn auch verständlich, so doch unter keinen Umständen zu billigen, ist das Bestreben vieler Eltern, und hier wiederum besonders der Mütter, auch in dem heranwachsenden schulentlassenen Jugendlichen noch immer das Kind sehen zu wollen, das in all seinem Tun und Treiben der Beaufsichtigung bedarf. Entspringt dieses Bestreben auch einer tiefen Zuneigung zu Sohn und Tochter, und dem Streben, den jungen Menschen vor Mißgeschick und Gefahren zu bewahren, so ist es doch dazu angetan, den Jugendlichen in seiner Entwicklung zur Selbständigkeit und zum Handeln nach eigener Verantwortung zu hemmen. Und doch ist gerade für den jungen Arbeiter selbständiges Denken und Handeln erforderlich. Wehe dem jungen Menschen, der hineingestellt wird in unser heutiges Wirtschaftsleben und der nicht gelernt hat, seinen Mann zu stehen. Hier kann selbst die fürsorglichste Mutter ihm nicht helfen, er ist auf sich selbst gestellt und muß ohne elterliche Fürsorge auskommen. Die Eltern können und sollen ihm zwar Freund und Berater sein, den Kampf mit den Härten des Lebens muß er aber selbst führen und bestehen.

Wie das Erwerbsleben, fordert auch die Freizeit vom jungen Menschen Verantwortungsbewußtsein, das nur bei freier Entscheidungsmöglichkeit sich entwickeln kann. Auch hier sollen die Eltern zwar Führer und Berater, aber nicht „Aufpasser“ sein. Nach des Tages Arbeit verlangt der junge Mensch nach der Gesellschaft gleichaltriger Kameraden, und diese Gemeinschaft der Jugend kann selbst das beste Elternhaus ihm nicht ersetzen. Die Gemeinschaft in der Sozialistischen Arbeiterjugend, die gemeinsame frohe Fahrt am Sonntag und die gemeinsame Arbeit auf den Heimabenden sind ihm Entspannung von der Arbeit des Werktages; die verantwortungsvolle Mitarbeit in der Gruppe fördert in ihm selbständiges Denken und Handeln, das ihm auch in allen anderen Lebenslagen not tut und förderlich ist.

Freund, Führer und Berater sollen die Mütter der Arbeiterjugend sein; sie sollen im heranwachsenden Jugendlichen nicht das Kind sehen, das ihrer Pflege bedarf, sondern den Menschen, der zur selbständigen Persönlichkeit heranreift. Bruno Bösch e.

Frauenkonferenz der Konsumvereine.

Am 4. Oktober tagte in Berlin die erste Frauentagung des Verbandes ostdeutscher Konsumvereine, zu welchem die dem Verband angeschlossenen Vereine etwa sechzig weibliche Delegierte entsandten. Als Tagungsort hatte der Berliner Konsumverein seinen schönen Sitzungsraum in Lichtenberg zur Verfügung gestellt und ließ es sich darüber hinaus angelegen sein, in gastfreier Weise für das leibliche Wohl der Delegierten zu sorgen. Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine, die Großverkaufs-Gesellschaft und andere hatten Vertreter zu dieser Frauentagung entsandt.

Nach den Begrüßungsworten Hildebrandts, des Revisors des ostdeutschen Verbandes, ergriff Genossin Gertrud Lohdahl, Berlin, das Wort zu ihrem Vortrag: „Die Einfügung der Frauen in die Genossenschaftsbewegung“. Die Mitarbeit der Frau, so führte die Referentin aus, wird von den Konsumgenossenschaften immer mehr in ihrer Bedeutung erkannt, denn die Frau ist Einkäuferin und Verwalterin des Konsums. Leider erliegen gerade die Frauen so leicht der berechnenden Liebenswürdigkeit des Kleinhändlers und seinen primitiven Geschäftstriebe wie Rabatte und Geschenkverteilung. Hinzu kommt die Suggestion der Reklame, wobei die Frauen sich nicht klarmachen, daß sie letzten Endes diese gewaltigen Geschäftskosten tragen, ganz abgesehen von den betrügerischen Manipulationen und Verfälschungen des Privathandels. Auch das Borgsystem geht letzten Endes zu Lasten des Käufers, denn der Kaufmann kalkuliert bereits Zinsverlust und Risiko in seine Preise mit ein.

Im Gegensatz zum Privathandel fällt bei der Genossenschaft jedes Interesse an einer Ueberverteilung weg, denn die Mitglieder selbst sind ja Inhaber des Betriebes, und die eigenen Waren werden in eigenen Läden verteilt. Der Ueberschuß, der zum Teil rückvergütet, zum anderen Teil für den Ausbau der Genossenschaftsbetriebe verwendet wird, untersteht der Verwaltung durch die Mitgliedschaft. Die Gewerkschaftsbewegung schützt die Arbeitskraft vor Ausbeutung; die Genossenschaft die Kaufkraft, also ist die Genossenschaft die Gewerkschaft der Hausfrauen.

Viel zu lange hat die Frau bei der tätigen Mitarbeit für die Genossenschaft beiseite gestanden. Wenn man jetzt zunehmend ihre Mitarbeit gewinnt, so soll man sie aber nicht auf die Kleinarbeit

beschränken, sondern man soll befähigte Frauen auch zu den höchsten leitenden Posten zulassen.

Je größer der Anteil des Volkswormögens ist, der durch die Hände der Frau in die Genossenschaft fließt, desto schneller und leichter ist der Aufbau der neuen Wirtschaftsordnung, die als Ziel hat, „die Angelegenheiten des Volkes zurückzuführen in die Hände des Volkes“, die Verwandlung der Profitwirtschaft in die Gemeinwirtschaft.

Ueber „Die Verarbeitung in der Genossenschaft“ sprach Genossin Carmen Holz, Berlin. Sie wies darauf hin, daß gewöhnlich die erste Mitarbeit im Kritisieren bestünde. In Berlin aber hat man schon darüber hinaus die Grundlage für eine positive Mitarbeit der Frauen in der Genossenschaft gelegt. Eine ganze Anzahl Frauen sind als Delegierte tätig, eine noch größere, deren Ehemänner Mitglieder sind, als Helferinnen. Man erkennt zunehmend, daß es sinnvoller ist, nicht dem Mann, sondern der Frau die Mitgliedschaft beim Konsumverein zu überlassen.

Nur der Zusammenschluß der Konsumenten kann die drohende Preisdiktatur der Konzerne überwinden.

Die außerordentlich lebhafte Debatte zeugte von dem tatsächlich schon vorhandenen tiefen Verständnis für die Ziele der Genossenschaftsbewegung. In einer Entschließung wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß weitere Frauenkonferenzen dieser ersten folgen möchten, und die Mitarbeit der Frauen planmäßig organisiert wird.

Der zweite Tag brachte eine praktische Ergänzung zur Theorie des ersten durch Besichtigungen. Zuerst wurden die Teilnehmerinnen durch die schönen Bureaus und riesigen Lager- und Betriebsräume des Berliner Konsumvereins geführt. Vor allem die gewaltige, blitzsaubere, mit den modernsten Maschinen ausgestattete Bäckerei mit 20 Öfen für Brote und zwei Autoöfen machte einen überwältigenden Eindruck. In zwei Rundfahrtautos begab man sich dann nach Spandau zur Besichtigung der Zentrallager der Großverkaufs-Gesellschaft, ein ehemaliges Proviantamt, das jetzt einem segensvollen Werk des Friedens dient. Hier führte der Lagermeister den Besucherinnen an einem kleinen, aber schlagenden Beispiel die Ueberlegenheit der Genossenschaft über den Privathandel vor: drei Streichholzschachteln der Konkurrenz enthielten je 47, 50 und 54 Streichhölzer, dagegen die Schachtel der G.G. 69 bei weitaus besserem Material. Den Beschluß bildete die Besichtigung eines der vier Warenhäuser des Berliner Konsumvereins, wo die Billigkeit und Güte des Gezeigten allgemeine Bewunderung erregte.

Erfüllt von wertvollen Anregungen für ihre weitere Arbeit und dem Eindruck des Gesehenen reisten die Teilnehmerinnen in ihre Heimat ab, überzeugt, daß durch die Genossenschaftsbewegung bereits ein Stück Sozialismus in der Gegenwart geschaffen worden ist.

L. M.

„Unbarmherzige Barmherzigkeit.“

Das Tor der Fürsorgeanstalt trägt das Zeichen des Kreuzes. Es soll das Kennzeichen sich opfernder Liebe sein.

Wir besichtigen. Die Oberin mit dem silbernen Kreuz auf der Brust empfängt uns mit verhaltener Freundlichkeit. Der Leiter der Anstalt, ein hypochondrisch-frommer Pfarrer, ist ganz Ueber-raschung.

Man führt uns von Zimmer zu Zimmer, markiert gutes Gewissen, läßt uns mit den Mädchen allein.

Ueberall das gleiche Leid. — Früh gestrauchte Mädchen, die meisten beschränkt, alle in ihren Äußerungen vorsichtig — manche Frage schweigend beantwortend.

Eindringslicher als Reden und Schweigen sprechen die Tatsachen.

Wir sind gründlich — verlangen sogar die Arrestzellen zu sehen. Der Herr Pfarrer ist zwar ein wenig erstaunt, hat aber doch ein gutes Gewissen. Wir sehen erst zwei Zellen ohne Insassen, dann — wir wissen die Zahl der Büßerzellen genau — die beiden besetzten.

Der Mensch bleibt sich gleich durch Jahrtausende hindurch. An eine Dornenkrone erinnern die Wände. Die Verpugung hat kunstgerechte hervorstechende spitze Dornen. Die Fürsorgeerziehung duldet kein Schmieren an den Wänden. Den aufbegehrenden Missetäter aber bringt es sicherlich auf den Weg christlicher Demut, wenn er sich einen Dorn in den Schädel rennt.

Auf dem Fußboden ist ein Holzprüßel als Schlafstätte montiert. Die Zellen haben auch je eine Sitzgelegenheit, in ganz modernen Häusern ist so etwas nicht einmal mehr in der Badestube montiert, in ganz alten Häusern befindet sie sich auf dem Hofe. Die Zellen haben ein Loch in der Decke, durch das ein wenig Tageslicht hereinströmt. Oberlicht, wie in einem Künstleratelier, nur nicht so viel. Die Mädchen sollen ja nicht malen. In sanfter Dämmerstunde soll die Seele Einkehr halten.

O Wunder! Was die barmherzige christliche Fürsorgeerziehung im 20. Jahrhundert noch fertig bekommt. Das letzte Jahrhundert mit seinen reichen sozialpädagogischen und sozialfürsorglichen Erfahrungen ist an diesem Hause spurlos vorüber gegangen.

Es wird uns zwar versprochen, die Dunkelzellen sollen abgeschafft, das sehr spärliche Essen verbessert werden. Wer garantiert dafür?

Nur wenn das Volk in seiner Gesamtheit, nur wenn die Frauen des Volkes sich lösen von alten Ueberlieferungen, sich hingeben der Wirklichkeit mit verantwortungsvollem Wirklichkeitsinn, dann wird die unbarmherzige Barmherzigkeit ihre Opfer nicht weiler quälen. Minna Todenhagen.